

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

16. Wahlperiode

Ausschuss für Europafragen und Eine Welt

38. Sitzung am 21.01.2016
– Öffentliche Sitzung –

Protokoll

Beginn der Sitzung: 14:01 Uhr

Ende der Sitzung: 14:40 Uhr

Tagesordnung:

1. Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Juli 2015
Unterrichtung durch die Landesregierung
– Drucksache 16/5865 –
dazu: Vorlage 16/6166
2. Ergebnisse der 114. Plenartagung des Ausschusses der Regionen vom 13. bis 14. Oktober 2015 in Brüssel
Unterrichtung nach Art. 89 b LV i.V.m. der hierzu geschlossenen Vereinbarung
Behandlung gemäß § 65 GOLT
– Vorlage 16/6183 –
3. Ergebnisse der 115. Plenartagung des Ausschusses der Regionen vom 3. bis 4. Dezember 2015 in Brüssel
Unterrichtung nach Art. 89 b LV i.V.m. der hierzu geschlossenen Vereinbarung
Behandlung gemäß § 65 GOLT
– Vorlage 16/6228 –

Ergebnis:

Kenntnis genommen
(S. 4)

Kenntnis genommen
(S. 5)

Kenntnis genommen
(S. 6)

Tagesordnung (Fortsetzung):**Ergebnis:**

- | | |
|--|--------------------------------|
| 4. Arbeitsprogramm der EU-Kommission 2016
Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/6110 – | Erledigt
(S. 7 – 8) |
| 5. EU-Strategie zur Bekämpfung der Radikalisierung
Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/6173 – | Erledigt
(S. 9 – 11) |
| 6. Rolle der Landesvertretung in Brüssel im Rahmen der
Flüchtlingskrise
Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/6189 – | Schriftlich erledigt
(S. 3) |
| 7. Europawoche und Europapreis 2016 in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/6190 – | Erledigt
(S. 3) |
| 8. Zwischenfälle in belgischen AKWs
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach
§ 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/6262 – | Schriftlich erledigt
(S. 3) |
| 9. Niederländische EU-Präsidentschaft
Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/6264 – | Erledigt
(S. 12 – 13) |
| 10. Entbürokratisierung in der EU
Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/6265 – | Erledigt
(S. 14 – 15) |
| 11. Gemeinsame Studie von OECD und AdR
Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/6266 – | Schriftlich erledigt
(S. 3) |
| 12. Interreg V A-Programm
Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/6267 – | Schriftlich erledigt
(S. 3) |
| 13. Verschiedenes | S. 16 |

Herr stellv. Vors. Abg. Klöckner eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und teilt mit, dass der Vorsitzende, Herr Abgeordneter Weiner, wegen eines Termins später kommen werde.

Der Ausschuss beschließt, die **Tagesordnungspunkte**

6. **Rolle der Landesvertretung in Brüssel im Rahmen der Flüchtlingskrise**
Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/6189 –
8. **Zwischenfälle in belgischen AKWs**
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/6262 –
11. **Gemeinsame Studie von OECD und AdR**
Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/6266 –
12. **Interreg V A-Programm**
Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/6267 –

gemäß § 76 Abs. 2 Satz 3 der Geschäftsordnung des Landtags mit Einverständnis der Antragstellenden und der Landesregierung mit der Maßgabe für erledigt zu erklären, dass die Landesregierung dem Ausschuss schriftlich berichtet.

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, den **Tagesordnungspunkt**

7. **Europawoche und Europapreis 2016 in Rheinland-Pfalz**
Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/6190 –

unter Berücksichtigung des von der Bevollmächtigten des Landes beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales mit Datum vom 30. Dezember 2015 übersandten Schreibens zur „Teilnahme am EU-Projekttag an deutschen Schulen 2016“ einvernehmlich für erledigt zu erklären.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Juli 2015

Unterrichtung durch die Landesregierung

– Drucksache 16/5865 –

dazu: Vorlage 16/6166

Der Ausschuss nimmt von der Unterrichtung – Drucksache 16/5865 –
Kenntnis (siehe Vorlage 16/6322).

Punkt 2 der Tagesordnung:

Ergebnisse der 114. Plenartagung des Ausschusses der Regionen vom 13. bis 14. Oktober 2015 in Brüssel

Unterrichtung nach Art. 89 b LV i.V.m. der hierzu geschlossenen Vereinbarung

Behandlung gemäß § 65 GOLT

– Vorlage 16/6183 –

Der Ausschuss nimmt von der Unterrichtung – Vorlage 16/6183 –
Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Ergebnisse der 115. Plenartagung des Ausschusses der Regionen vom 3. bis 4. Dezember 2015 in Brüssel

Unterrichtung nach Art. 89 b LV i.V.m. der hierzu geschlossenen Vereinbarung

Behandlung gemäß § 65 GOLT

– Vorlage 16/6228 –

Der Ausschuss nimmt von der Unterrichtung – Vorlage 16/6228 –
Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Arbeitsprogramm der EU-Kommission 2016
Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/6110 –

Frau Staatssekretärin Raab trägt vor, der Ministerrat habe sich in seiner Sitzung am Dienstag, den 19. Januar 2016, mit dem Arbeitsprogramm der EU-Kommission beschäftigt. Das Thema werde auch in der nächsten Sitzung des Bundesrates auf der Tagesordnung stehen. Somit befasse sich der Ausschuss für Europafragen und Eine Welt des rheinland-pfälzischen Landtags zeitnah mit diesem Thema. Es handele sich um einen jährlichen Bericht.

Bemerkenswert sei, dass die EU-Kommission unter Präsident Jean-Claude Juncker versuche, den Bericht nicht zu ausführlich ausfallen zu lassen. Während in den vergangenen Jahren manchmal 130 Verfahren auf den Weg gebracht worden seien, sei die Zahl diesmal deutlich reduziert worden.

Die Schwerpunkte und Vorhaben für 2016 verwunderten nicht. Sicherlich werde man die Sorge um den allgemeinen Zustand der Europäischen Union feststellen. Herr Juncker habe sehr treffend formuliert, es fehle an Europa und an der Union. Zu erkennen sei die Gesamtgroßwetterlage rund um die Problematik des Zustroms von Schutzsuchenden in die Europäische Union sowie das Thema der Inneren Sicherheit und der Terrorgefahr. Darüber hinaus sei das Jahr 2015 auch noch vom Grexit geprägt gewesen. Auch in Großbritannien stehe eine Entscheidung bevor, wie man sich dort weiter verhalten wolle. Deswegen sei auch in allen Gremien eine große Unruhe spürbar. Im politischen Diskurs spüre man auch ein Wiedererstarken rechter Parteien. Das habe man nicht zuletzt in Frankreich gesehen.

Vor diesem Hintergrund habe das Kollegium der Kommissarinnen und Kommissare am 27. Oktober 2015 das vorliegende Arbeitsprogramm vorgelegt. Darin seien zehn politische Prioritäten festgehalten worden. Es sei aber auch ganz klar das Bemühen zum Ausdruck gebracht worden, einen konstruktiven Dialog mit Parlament und Rat noch weiter zu intensivieren und sich auf politische Aufgaben zu konzentrieren. Während es früher in vergleichbaren Zeiträumen schon einmal 130 Projekte gewesen seien, seien jetzt 23 Prioritäten, sogenannte Schlüsselinitiativen, genannt worden. Es stehe ein sehr umfangreiches Reformjahr bevor. 40 REFIT-Verfahren sollten zur Überprüfung von Richtlinien durchgeführt werden. Dies beschäftige auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesregierung über alle Ressorts hinweg sehr intensiv.

Die Landesregierung empfinde diese Ziele als sehr ehrgeizig. Sehr ehrgeizig sei auch, dass alle miteinander – nicht nur auf Rheinland-Pfalz bezogen, sondern auch auf Deutschland – die Bewältigung der Flüchtlingskrise, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Erzielung von Wachstum, die Stärkung des Binnenmarktes, die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, die Gewährleistung von Steuergerechtigkeit, hohe soziale Standards sowie die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit zu erreichen versuchen, weil dies nur gemeinsam in dem Europa der 28 gelingen könne.

Es gehe ganz besonders um bessere Migrationssteuerung und Vorschläge zum Grenzmanagement, wie auch hier wirksamer gemeinsamer Grenzschutz umgesetzt werden könne.

Es ganz entscheidendes Thema für die Kommission sei aber auch die Digitalisierung und der digitale Binnenmarkt, der auch etliche dieser 40 REFIT-Verfahren umfassen werde. Digitalisierung wirke nämlich in alle Bereiche hinein von Arbeit über Wirtschaft, Sicherheit bis hin zu anderen Themen der Energiewirtschaft.

Es gehe um eine Weltraumstrategie für Europa, einen europäischen Aktionsplan im Verteidigungsbereich, ein Paket zur Kreislaufwirtschaft, um die Säule sozialer Rechte und die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, ein Paket zur Körperschaftssteuer, einen Aktionsplan im Bereich Mehrwertsteuer, und es gehe darum, eine strikte Gesetzesfolgenabschätzung durchzuführen. Das sei ein Paket, das von der EVP-Fraktion vorgetragen worden sei.

**38. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 21.01.2016
– Öffentliche Sitzung –**

Von der sozialdemokratischen Fraktion seien noch ehrgeizigere Vorhaben im Bereich der Kreislaufwirtschaft, insbesondere bei den Sozialstandards, angemahnt worden.

Die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktion der GRÜNEN (EFA) hätten auch Ehrgeiz und Schnelligkeit der Kommission 2014 gelobt. Sie hätten sich aber auch vorgenommen, sich um soziale Dumpings und Umweltstandards zu kümmern.

Aus Sicht der Landesregierung werde an vielen Stellen dieses Programms die Notwendigkeit gesehen. Das Kabinett habe in seiner Sitzung am Dienstag den klaren Willen bekundet, sich hier einzubringen. Das werde man nicht nur tun, wenn die jährliche Ministerratssitzung in Brüssel stattfindet, sondern auch in vielen Gremien, wie beispielsweise dem Ausschuss der Regionen (AdR), in dem sie das Land vertreten dürfe und Herr Abgeordneter Wiechmann ihr Stellvertreter sei. Das gelte auch in vielen anderen Runden auch im Gespräch mit den Europaabgeordneten.

Es handele sich um einen jährlichen Prozess, dass dieses Arbeitsprogramm bewertet werde. Es handele sich dabei um eine sehr gute Tradition. Der erste Schritt sei unternommen worden, indem die wichtigsten Vorhaben identifiziert worden seien. Sie denke, an dem Thema könne man sehen, dass auch dieser Ausschuss ein Arbeitspensum für die nächsten zwölf Monate haben werde.

Der Antrag – Vorlage 16/6110 – hat seine Erledigung gefunden.

Punkt 5 der Tagesordnung:

EU-Strategie zur Bekämpfung der Radikalisierung
Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/6173 –

Herr Lederer (Referatsleiter im Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur) berichtet, da es sich um ein komplexes Thema handle, habe er seinen Vortrag in vier Teile gegliedert: allgemeiner Hintergrund, Prävention, Aktivitäten auf europäischer Ebene und unmittelbare Zusammenarbeit der Polizei des Landes mit den Nachbarstaaten.

Die kämpferischen Auseinandersetzungen in den Konfliktregionen Syrien und Irak übten auf Islamisten in Deutschland und Europa eine starke Anziehungskraft aus. Derzeit lägen Erkenntnisse zu mehr als 780 Islamisten aus Deutschland vor, die in Richtung Syrien und Irak gereist seien, um dort aufseiten des Islamischen Staates und anderer terroristischer Gruppierungen an Kampfhandlungen teilzunehmen oder diese in sonstiger Weise zu unterstützen.

Etwa 130 von ihnen dürften inzwischen in Syrien oder im Irak ums Leben gekommen sein. Aus Rheinland-Pfalz seien nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden 13 Personen in Richtung Syrien gereist. Dabei dürfte in erster Linie von jenen Rückkehrern nach Deutschland und Europa eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausgehen, die an Kampfhandlungen teilgenommen oder eine Ausbildung in der Handhabung von Waffen und Sprengstoffen absolviert hätten. Die Sicherheitsbehörden ergriffen daher alle zulässigen Maßnahmen, um Ausreisen in die Krisenregionen zu verhindern und damit im Zusammenhang stehende Straftaten zu verfolgen.

Der Verhinderung von Radikalisierung bzw. der Islamismusprävention komme unabhängig von den Bemühungen im Bereich der Strafverfolgung eine herausragende Bedeutung zu. Im Einklang mit der EU-Strategie zur Bekämpfung islamistischer Radikalisierung verfolgten Bund und Länder dabei einen ganzheitlichen Ansatz. Zur Sicherung einer gemeinsamen Präventionsstrategie sei in diesem Zusammenhang beispielsweise ein länderübergreifendes Präventionsnetzwerk eingerichtet worden und das ressortübergreifende koordinierte Vorgehen auf Bundes- und Landesebene in einer Rahmenkonzeption festgeschrieben worden. Die Länder setzten die dort niedergelegten Präventionsmaßnahmen unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten und länderspezifischer Zuständigkeiten um.

In Anlehnung an die Rahmenkonzeption habe eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe ein Konzept zur Verhinderung islamistischer Radikalisierung junger Menschen in Rheinland-Pfalz entwickelt, das der Ministerrat am 25. September 2015 zur Kenntnis genommen habe und das derzeit unter Federführung des Ministeriums für Integration, Frauen, Kinder, Jugend und Familie umgesetzt werde.

Im rheinland-pfälzischen Konzept werde die Prävention aus vier Bausteinen heraus geleistet:

1. einem nicht stigmatisierenden Präventionskonzept,
2. der Unterstützung und Begleitung der örtlichen Präventionspraxis,
3. einem Modellprojekt zur praxisnahen Qualifizierung von Multiplikatoren und
4. Maßnahmen gegen Islamophobie und Muslimenfeindlichkeit.

Alle Phänomene im Bereich der politisch motivierten Kriminalität entfalteteten durch grenzüberschreitende Täter oder Organisationsverbindungen, internationale Planungsaktivitäten oder ideologische Verbindungslinien in unterschiedlicher Ausprägung internationale Bezüge. Insoweit sei die internationale Kooperation zur erfolgreichen Abwehr von Gefahren und der Verfolgung damit in Zusammenhang stehender Straftaten von elementarer Bedeutung.

Ein besonderes Handlungsfeld stelle dabei das Internet dar, da dieses Medium gerade von islamistischen Gruppierungen gezielt zur Verbreitung ihrer Ideologie und zur Rekrutierung von Anhängern und Unterstützern genutzt werde.

Vor diesem Hintergrund sei bereits im Januar 2013 beim Europäischen Polizeiamt (Europol) ein European Cybercrime Center eingerichtet worden, das sich auch der Bekämpfung terroristischer Straftaten widme.

38. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 21.01.2016
– Öffentliche Sitzung –

Unter dem Eindruck der Anschläge in Paris am 7. Januar 2015 hätten die Justiz- und Innenminister der Mitgliedstaaten der EU noch im gleichen Monat den Beschluss gefasst, unter anderem verstärkt gegen Radikalisierung vorzugehen und dabei einen besonderen Schwerpunkt auf das Internet zu legen.

In der Folge sei bei Europol zum 1. Juli 2015 eine EU-Meldestelle für Internetinhalte eingerichtet worden. Diese habe vornehmlich den Auftrag, Internetinhalte mit terroristischem Hintergrund zu erkennen und auf deren Beseitigung hinzuwirken. Zur Verbesserung des Informationsaustauschs hätten sich die Mitgliedstaaten zudem auf eine einheitliche Definition des Begriffs Foreign Terrorist Fighter verständigt und die Voraussetzungen zur Ausschreibung dieses Personenkreises im Schengener Informationssystem, dem polizeilichen Informationssystem, geschaffen.

Im Lichte der Anschläge von Paris im November 2015 sei durch den Rat der Justiz- und Innenminister der Mitgliedstaaten der EU am 20. November 2015 ein weiteres Maßnahmenbündel zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus beschlossen worden. Neben der Einführung eines europäischen Systems für die Erfassung und den Austausch von Fluggastdaten, der Verabschiedung einer Richtlinie über Feuerwaffen sowie verstärkten Kontrollen an den Außengrenzen sei dabei auch die Einrichtung eines Europäischen Zentrums für Terrorismusbekämpfung beim Europäischen Polizeiamt zum 1. Juni 2016 vereinbart worden.

Zuletzt habe die Europäische Kommission am 2. Dezember 2015 den Entwurf einer neuen Richtlinie zur Bekämpfung des Terrorismus vorgelegt. Der neue Rechtsakt werde in erster Linie Vorgaben für die einheitliche Definition und Sanktionierung strafrechtlich relevanter Handlungen beinhalten.

Ein bereits seit Jahren bestehendes Instrument zum Informationsaustausch auf europäischer Ebene stelle die Police Working Group on Terrorism dar. Hierbei handele es sich um ein informelles Gremium der europäischen Staatsschutzbehörden, dem derzeit 31 Staaten – neben allen EU-Mitgliedstaaten zu dem die Schweiz, Norwegen und Island – angehörten. Dieser Kooperationsrahmen sei im europäischen Gefüge ein etabliertes und bewährtes Element bei der Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität, da er den unmittelbaren Informationsfluss zu den zuständigen Staatsschutzdienststellen auf kryptiertem Kommunikationsweg sicherstelle.

Im internationalen Verbund der Polizeibehörden obliege grundsätzlich dem Bundeskriminalamt die Aufgabe, als zentrale Stelle die Informationssteuerung zu den Partnern in den anderen europäischen und außereuropäischen Staaten sowie zu Europol oder auch zu Interpol zu gewährleisten.

Auf nationaler Ebene diene zunächst das gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum in Berlin als Plattform für die Sammlung, Analyse und Steuerung relevanter Informationen. Im Rahmen der bestehenden rechtlichen Möglichkeiten könnten dort zeitgerecht die Erkenntnisse des polizeilichen und des nachrichtendienstlichen Informations- und Analyseverbundes der Polizei- und Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder ausgetauscht werden.

Für andere Mitgliedstaaten oder Europol bedeutende Erkenntnisse würden anschließend durch das BKA an die jeweiligen Adressaten weitergeleitet. In umgekehrter Richtung obliege dem BKA die Aufgabe, von internationalen Partnern erlangte Informationen in das gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum einzubringen.

Hingegen ermögliche der nationale Rechtsrahmen den Bundesländern lediglich in Kriminalitätsfällen mit regionaler Bedeutung im Grenzgebiet oder bei Gefahr im Verzug eine unmittelbare Zusammenarbeit mit Polizeibehörden anderer Staaten. Dessen ungeachtet bestünden zwischen der Polizei von Rheinland-Pfalz und den Partnerbehörden in den Nachbarstaaten vielfältige und intensive Kontakte, die auch im Falle terroristischer Bedrohungslagen gewinnbringend genutzt werden könnten.

Herr stellv. Vors. Abg. Dr. Klöckner geht davon aus, dass alle Ausschussmitglieder an dem Sprechvermerk interessiert seien, da in dem Bericht sehr viele Details enthalten gewesen seien.

Herr Abg. Biebricher bittet darum, den Begriff der stigmatisierungsfreien Prävention zu erläutern.

38. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 21.01.2016
– Öffentliche Sitzung –

Herr Esseln (Referent im Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur) bringt zum Ausdruck, er könne zwar nicht für das Integrationsministerium sprechen, er sei allerdings an der Konzeption in Teilen mit beteiligt gewesen. Im Grunde gehe es darum, nicht spezielle Präventionsmaßnahmen zu ergreifen, die sich in erster Linie gezielt nur an muslimische Jugendliche richteten, weil sich dadurch im Grunde dieses Stigma aufdränge, sondern es gehe darum, Präventionsmaßnahmen für alle Jugendliche im Grunde zu kreieren und durchzuführen, die dann aber auch muslimischen Jugendlichen „zugutekämen“.

Auf Bitten von Herrn Abg. Klöckner sagt Herr Lederer zu, dem Ausschuss seinen Sprechvermerk zukommen zu lassen.

Der Antrag – Vorlage 16/6173 – hat seine Erledigung gefunden.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Niederländische EU-Präsidentschaft

Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach § 76 Abs. 2 GOLT

– Vorlage 16/6264 –

Frau Staatssekretärin Raab spricht ihren Dank an Luxemburg für die kluge Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2015 aus. Die Ratspräsidentschaft habe in schwierigen Zeiten klaren Kurs gehalten. Jean Asselborn und viele andere hätten hierzu beigetragen. Sie selbst habe an einigen Sitzungen des JI-Rates teilnehmen können. Insofern sähen alle gespannt auf die niederländische Ratspräsidentschaft. Da es immer eine Trio-Ratspräsidentschaft gebe, blickten schon alle auf die zweite Jahreshälfte und auf das Jahr 2017, da die Trio-Partnerschaft aus den Niederlanden, der Slowakei und Malta bestehe, die in den nächsten eineinhalb Jahren die Geschicke der Europäischen Union steuerten.

Vielfach sei zu erleben, dass kleinere Länder sehr ambitioniert seien, aber sicherlich lasteten auch große Aufgaben auf ihnen. Die Niederlande hätten ein eigenes Programm erstellt. Vieles habe sie beim Arbeitsprogramm der EU genannt, weshalb sie sich auf die wenigen wirklich wichtigen Dinge beschränken wolle. Interessante und beherrschende Themen seien beispielsweise Flucht und Migration. Hier sei es das Bemühen, eine gemeinsame Liste sicherer Herkunftsländer zu definieren. Die Auffassung darüber sei in den 28 Ländern der Europäischen Union sehr unterschiedlich. Die Niederlande versuchten, es hinzubekommen, dass man in einem gemeinsamen Wertekodex in der Europäischen Union auch zu gemeinsamen Richtlinien beispielsweise für die Definition von solchen Fragen kommen müsse.

Die Niederlande plädierten für ein integriertes Vorgehen in Fragen von Migration und internationaler Sicherheit, was sehr zu begrüßen sei. Die Notwendigkeit liege sicherlich auf der Hand. So wundere es nicht, dass auch bei Außen- und Sicherheitsfragen sowie bei der Terrorismusbekämpfung die Kräfte gebündelt werden sollten. Einiges habe Herr Lederer bei Punkt 5 der Tagesordnung schon angesprochen. Schon nach den ersten Anschlägen von Paris im Januar 2015 sei ein Maßnahmenpaket verabschiedet worden. Die Diskussionen seien nach den barbarischen Anschlägen vom 13. November 2015 noch intensiver geworden.

Es sei das Ziel der niederländischen Ratspräsidentschaft, Instrumente zur Verbesserung des Kampfes gegen den Terrorismus zu schaffen. Bei diesem Ziel könne sicherlich einiges erreicht werden, indem eine Verbesserung des Informationsaustauschs angestrengt werden müsse. Das wolle sie auch aus der Sicht der Brüsseler Landesvertretung ausdrücklich betonen. Als in Belgien ab Montag die höchste Sicherheitsstufe ausgerufen worden sei, habe man am Sonntagabend entschieden, dass die rheinland-pfälzischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Tag Home-Office machen sollten. Danach sei die Möglichkeit eingeräumt worden, Überstunden abzubauen. Auch die Landesregierung habe sich mit dem Problem konfrontiert gesehen und gemerkt, dass der Informationsaustausch von den belgischen Sicherheitsbehörden durchaus optimierungsbedürftig sei.

Ein wichtiges Thema sei und bleibe Binnenmarkt und Außenhandel, was immer mit Schlagworten wie TTIP und CETA verknüpft sei. Mit Blick auf den digitalen Binnenmarkt werde die Telekommunikationspolitik einen starken Fokus in der niederländischen Ratspräsidentschaft haben. Dabei gehe es um eine komplette Reform des Telekommunikationsrechtsrahmens, um hier Anpassungen vorzunehmen, damit die Digitalisierung möglich sei. Es gebe aber auch ein größeres Verfahren. Im Medienausschuss habe sie kürzlich über die Revision der Audiovisuellen Mediendienstrichtlinie berichten dürfen, bei der es darum gehe, was noch Fernsehen sei und wie man sich darauf einstelle. Gemeinsam mit Frau Staatsminister Grütters habe Ministerpräsidentin Dreyer das deutsche Positionspapier nach Brüssel gesandt.

Ein interessantes Thema, das auch schon im Ausschuss der Regionen angesprochen worden sei, seien Finanzen und Euro. Bei dem Thema Finanzen gehe es unter anderem um Banken- und Kapitalmarktunion sowie Europäisches Einlagensicherungssystem. Andere Themen seien „Urban Agenda“ oder städtische Themenbereiche der Kohäsionspolitik.

38. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 21.01.2016
– Öffentliche Sitzung –

Die Landwirtschaft lasse sie einmal außen vor. Die Probleme in diesem Bereich seien nicht neu. Weitere Bereiche seien Forschung, Bildung und Recht. Verweisen wolle sie noch auf das Thema Verkehr, das auch im Rahmen der Ministerratssitzung in Brüssel angesprochen worden sei. Dabei gehe es insbesondere um das Eisenbahnpaket. Auch im rheinland-pfälzischen Landtag bestehe über alle Fraktionen hinweg das Bemühen, Schienenlärm zu reduzieren, aber auch Verkehre zur Entlastung der Straßen auf die Schiene zu legen. Die Landesregierung vertrete die Ansicht, dass hier mehr europäisches Miteinander benötigt werde. Auch Lärmbekämpfung funktioniere nur, wenn sie gemeinsam in Angriff genommen werde. Bekannt sei, dass die Schweiz, die zwar nicht Mitglied der Europäischen Union, aber Transitland sei, ab 2020 Richtlinien für leiseres Zugmaterial geltend machen werde. Rheinland-Pfalz habe in Brüssel bekräftigt, dass es die Auffassung vertrete, dass 2020 auch für die Europäische Union ein ganz wichtiges Datum sein müsste, dass nicht nur die Schweiz das rollende Material lärmärmer mache, sondern sich die Bundesrepublik mit den anderen Mitgliedstaaten sehr wohl anschließen könnte.

Der Antrag – Vorlage 16/6264 – hat seine Erledigung gefunden.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Entbürokratisierung in der EU
Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/6265 –

Frau Staatssekretärin Raab legt dar, es liege nunmehr ein Abschlussbericht „Bürokratieabbau in Europa: Resümee und Ausblick“ vor. Acht Jahre lang sei Edmund Stoiber beratend im Bereich Bürokratieabbau für die EU-Kommission ehrenamtlich tätig gewesen. Er habe ein fünfzehnköpfiges Expertengremium geleitet, in dem durchaus bekannte Namen vertreten gewesen seien, unter anderem Herr Ludewig, ehemaliger Bahnvorstand, der nunmehr den Normenkontrollrat leite, sowie auch der Unternehmensberater Roland Berger.

Die Gruppe habe schon im Oktober 2014 ihre Arbeit beendet, dann aber noch diesen Sonderbericht verfasst. Es werde durchaus gesehen, dass das Einsetzen dieser High-Level-Group einen gewissen Bewusstseinswandel bewirkt habe. Sie habe bereits darauf hingewiesen, dass man sich in Brüssel nun auch Themen wie Gesetzesfolgenabschätzung vornehmen wolle. In Rheinland-Pfalz sei dies schon lange auf der Tagesordnung. Das sei sicherlich auch bei komplizierten europäischen Rechtsetzungsfragen notwendig.

Die konkreten Aufgaben der „Stoiber-Gruppe“ seien der Abbau bestehender Verwaltungslasten, Vereinfachungsinitiativen oder Best-Practice-Beispiele aufzuzeigen. Es habe insgesamt drei Mandatsphasen gegeben. Das Mandat sei jeweils verlängert worden. Die unterbreiteten Vorschläge berücksichtigten auch Eingaben von Interessengruppen, staatlichen Stellen sowie Bürgerinnen und Bürgern. Insgesamt sei ein Abbaupotenzial von 41 Milliarden Euro identifiziert worden. Es bleibe nunmehr abzuwarten, welche Teile umgesetzt würden. Zwei wesentliche Ergebnisse seien erzielt worden. Der größte Kostenfaktor sei, wenn die Umsetzung des europäischen Rechts in nationales Recht erfolge. Das sei oftmals durch strengere Anforderungen bedingt oder durch eine ineffiziente Umsetzung oder durch massive Unterschiede, die in den Mitgliedstaaten entstünden. Dadurch, dass nationale Regelungen geschaffen würden, würden Prozesse verlängert. Das Einholen von Gutachten und die Kosten öffentlicher Auftragsvergabe habe die High-Level-Group als einen der wesentlichsten Kostentreiber auf der europäischen Ebene identifiziert.

Als Weiteres habe diese Gruppe die Begriffsbildung „Intelligente Regulierung“ gefunden. Das besage, unnötige Bürokratie schade dem Image der Europäischen Union, stelle eine Belastung für die Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen dar und behindere im Endeffekt auch das Wirtschaftswachstum. Intelligente Regulierung solle dann sein, dass Vorschriften besser gestaltet würden und die politischen Ziele effektiver mit geringstmöglichem Kostenaufwand für Gesellschaft, Bürger und Wirtschaft erreicht werden könnten.

Das klinge zwar sehr abstrakt, aber es gebe auch konkrete Vorschläge, die sogar schon Eingang in die EU-Gesetzgebung gefunden hätten. Das eine sei die elektronische Rechnungsstellung. Das werde jetzt in allen Mitgliedsstaaten umgesetzt. Von der High-Level-Group sei dafür ein Sparpotenzial in der Größenordnung von 18,8 Milliarden Euro ermittelt worden.

Weiterhin sei eine vorbehaltlose Freistellung von Kleinstunternehmen von sämtlichen Rechnungslegungsvorschriften vorgenommen worden. Das mögliche Einsparpotenzial sei mit rund 3 Milliarden Euro beziffert worden. Auch für den Verzicht auf Fahrtenschreiber für Handwerksbetriebe seien beispielsweise Sparpotenziale angegeben worden.

Die Gruppe habe auch Empfehlungen an EU-Institutionen und Mitgliedsstaaten gegeben. Sie habe einerseits festgestellt, grundsätzlich sei Europa auf einem guten Weg, und Kostensenkung würde schon überall da probiert, wo es irgendwie machbar sei, andererseits sei aber nicht das gesamte Einsparpotenzial ausgeschöpft. Vorgeschlagen werde ein neuer EU-Aktionsplan mit der Festsetzung einer Nettozielvorgabe zur Senkung der Regelungskosten. Das sei teilweise angelaufen.

Außerdem gehe es um die Einführung eines Systems zum Ausgleich neuer, durch EU-Vorschriften bedingter Belastungen durch anderweitige Entlastungen. Stichwort dabei sei „one in, one out“. Hier gehe es im Endeffekt eigentlich darum, Prozesse optimaler zu gestalten. Bessere Zusammenarbeit,

Überprüfung, Überarbeitung, Evaluierung seien eigentlich die Stichworte, die man dazu nennen müsse.

Von der High-Level-Group werde weiterhin empfohlen, dass es eine Art politischer Selbstverpflichtung zur Maßnahmenbeschränkung auf allen EU-Ebenen gebe und auch eine unabhängige Stelle eingerichtet werden sollte, die jeweils eine Folgenabschätzung der Kommission durchführe, also quasi eine Art Wirtschaftlichkeitsbetrachtung, wie sie Rheinland-Pfalz mit dem Wirtschaftlichkeitsbeauftragten versucht habe. Das seien alles Dinge, die sowohl auf der EU-Ebene als auch in vielen anderen Ländern diskutiert würden.

Schließlich werde noch die Einführung eines Europäischen Bürgerbeauftragten zum Bürokratieabbau vorgeschlagen. Für die Europäische Union sei die Beschleunigung des Legislativverfahrens sicherlich ganz leicht umzusetzen. Gesetzentwürfe oder Richtlinienentwürfe nähmen oftmals sehr lange Zeit in Anspruch. Es sei empfohlen worden, dass das künftig schneller werden solle. Das sei bestimmt ein guter Vorschlag, aber es gehörten sicherlich viele Partner dazu, dass man das gut umsetzen könne.

Die Gruppe sei sehr unterschiedlich zusammengesetzt gewesen, zum Beispiel auch mit Vertretern von Arbeitnehmerinteressen, öffentlicher Gesundheit, Umweltschutz usw. Insofern sei das ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, was aber voraussetze, dass die Vorschläge beherzigt und umgesetzt werden müssten. Hierfür sei nicht nur der Ratspräsidentenschaft, sondern vor allem auch der Kommission viel Erfolg zu wünschen.

Herr stellv. Vors. Abg. Klöckner bittet darum, den Ausschussmitgliedern den Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen, damit sie die einzelnen Punkte nachverfolgen könnten.

Herr Abg. Wiechmann wirft die Frage auf, ob es vonseiten dieser Gruppe einen Vorschlag gebe, wer für die Umsetzung am Zug sei, und ob es einen Zeitplan für die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen gebe.

Herr Vors. Abg. Weiner bedankt sich bei Herrn Abgeordneten Klöckner für die Sitzungsleitung und schließt die Frage an, ob geplant sei, dass es in Zukunft eine weitere Gruppe oder einen Beauftragten geben werde, der das Thema weiterverfolgen werde.

Frau Staatssekretärin Raab antwortet, man habe diese ehrenamtliche High-Level-Group mit dem Abschlussbericht auslaufen lassen und habe diese Aufgabe auf die Ebene des stellvertretenden Kommissionspräsidenten Frans Timmermans verlagert. Einen konkreten Zeitplan könne sie leider noch nicht nennen. Die Empfehlungen richteten sich im Grunde genommen an drei unterschiedliche Ebenen. Es gebe Empfehlungen an die Kommission, an die Mitgliedsstaaten und an alle.

Empfehlungen an die Kommission habe sie einige genannt. Die angesprochenen 40 REFIT-Verfahren, öffentliche Konsultationen oder Ermittlung vom Kosten-Nutzen-Verhältnis, Wirtschaftlichkeitsbetrachtung richteten sich klar an die Europäische Kommission. Eine Reihe von Selbstbeschränkungsangelegenheiten oder die Einführung eines Europäischen Bürgerbeauftragten richteten sich an alle. An die Mitgliedsstaaten richteten sich solche Dinge wie Beschleunigung der nationalen Umsetzung, Nutzung von Informationstechnologien usw.

Auf Bitten von Herrn Abg. Klöckner sagt Frau Staatssekretärin Raab zu, dem Ausschuss ihren Sprechvermerk zukommen zu lassen.

Der Antrag – Vorlage 16/6265 – hat seine Erledigung gefunden.

Punkt 13 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Herr stellv. Vors. Abg. Klöckner macht darauf aufmerksam, am 23. Februar 2016 werde die letzte Ausschusssitzung in dieser Legislaturperiode stattfinden.

Frau Dr. Beckmann (Referatsleiterin in der Staatskanzlei) teilt mit, zu Punkt 12 der Tagesordnung, der schriftlich beantwortet werde, habe sie einige interessante Broschüren zum INTERREG-Programm dabei, die sie den Abgeordneten zur Verfügung stellen könne.

Mit einem Dank an die Anwesenden für die Mitarbeit schließt **Herr stellv. Vors. Abg. Klöckner** die Sitzung.

gez.: Schorr

Protokollführer

Anlage

In der Anwesenheitsliste eingetragene Abgeordnete:

Geis, Manfred	SPD
Klößner, Dieter	SPD
Oster, Benedikt	SPD
Scharfenberger, Heike	SPD
Wansch, Thomas	SPD
Biebricher, Andreas	CDU
Henter, Bernhard	CDU
Weiner, Thomas	CDU
Wieland, Gabriele	CDU
Dr. Wilke, Axel	CDU
Wiechmann, Nils	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für die Landesregierung:

Raab, Heike	Bevollmächtigte beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales
-------------	--

Landtagsverwaltung:

Müller, Susanne	Richterin
Cramer, Thorsten	Regierungsoberinspektor
Schorr, Horst	Regierungsdirektor im Stenografischen Dienst des Landtags (Protokollführer)